

Ein Jahr nach dem Draghi-Bericht

Vor einem Jahr las Mario Draghi, der frühere Chef der Europäischen Zentralbank, der EU die Leviten. In einem umfangreichen Bericht beklagte er die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit Europas. Ein Jahr später sieht es nicht besser aus. Europa schwächelt gerade in geopolitisch schwierigen Zeiten, in denen wirtschaftliche Stärke besonders nötig wäre. Die Staatskassen der EU-Länder insgesamt sind klamm, Frankreich steckt wegen der steigenden Verschuldung in einer politischen Krise, und Draghi sagte jüngst: «Ein Jahr später befindet sich Europa daher in einer schwierigeren Lage.»

Die Diagnose des einstigen italienischen Ministerpräsidenten bleibt düster: Das Wachstumsmodell verliere an Bedeutung, die Anfälligkeiten nähmen zu. Untätigkeit gefährde nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Staaten, sondern auch die Souveränität des Staatenbundes. Brüssel klammert sich an die 383 Empfehlungen aus dem Draghi-Bericht. Akribisch zählt der Thinktank Epic auf, bisher seien 11 Prozent davon umgesetzt worden. Ob dies gut oder schlecht ist, lässt sich diskutieren. Die Analyse ist richtig: Die EU leidet unter geringer Produktivität, einem Nachholbedarf in der Digitalisierung, einem eingeschränkten Binnenmarkt, hohen Energiepreisen, einer verkrusteten Industriestruktur, Abhängigkeiten von aussen und exzessiver Bürokratie. Manche der Empfehlungen sind jedoch heikel: gemeinsame Schulden der EU-Staaten, neue Geldtöpfe für alle Probleme sowie der Glaube an eine allwissende Industriepolitik.

Manche Vorschläge gehen in die richtige Richtung und werden von der EU-Kommission mit Verve verfolgt. Man muss zunächst darüber hinwegsehen, dass es eine gewisse Bürokratie benötigt, um diese zu entschlacken. Mit sogenannten Omnibus-Paketen versucht die Kommission, Regulierungen besonders für kleine und mittlere Unternehmen zu vereinfachen. Unter dem Namen «28. Regime» soll ein einheitlicher Rechtsrahmen für innovative Unternehmen eingeführt werden, damit diese nahtlos in allen 27 Mitgliedsländern tätig sein und Finanzmittel aufnehmen können. So notwendig und originell die Ansätze sind, sie zeigen ein Grundproblem auf: Die EU-Kommission muss gleichsam sich und die EU-Länder selbst aushebeln, um die Regulierungsflut zu dämmen und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Ausserdem werden durch die Massnahmen nicht weniger Regulierungen produziert oder generell Bürokratie abgebaut. Brüssel ist weiterhin eine Regulierungsmaschine. Es kommen die Mitgliedsstaaten hinzu: Laut dem Internationalen Währungsfonds sind interne Hemmnisse im Binnenmarkt mit einem Zollsatz von 45 Prozent vergleichbar.

Ein Jahr nach dem Draghi-Bericht ist es Zeit, dass die EU die richtigen Schlüsse aus der Diagnose zieht. Für Liechtenstein ist dies von grösster Bedeutung: Die EU-Staaten sind nicht nur die grössten Handelspartner, über die EWR-Mitgliedschaft ist das Land auch ein «Abnehmer» der EU-Gesetzgebung.



Gerald Hosp
Geschäftsführer der
Denkwerkstatt Zukunft.li